

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. Mk. 10.—, vierteljährl. Mk. 30.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 35.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum Mk. 1.20, auswärts Mk. 1.50. : Reklame-
zeile Mk. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 1 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Kontar-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Num. 71

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 25. März 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

In Berliner Regierungskreisen hält man Verhandlungen über die Reparationsnote für möglich, ohne ihr Ergebnis optimistisch einzuschätzen.

In amerikanischen Regierungskreisen scheint man eine Beeinträchtigung amerikanischer Interessen durch die Kontrolltätigkeit der Reparationskommission zu befürchten.

Dem „Secolo“ zufolge sind in Triume einige Abteilungen eines italienischen Alpinregiments eingesetzt, die wieder normale Verhältnisse herstellen sollen.

Der serbische Ministerrat bewilligte dem Ministerium für Sozialpolitik einen Kredit von einer Million Dinar zur Beschaffung von transportablen Holzhäusern aus Deutschland.

Am 1. Juni sollen in Ludwigshafen, Mainz und Birmasfeld französische Handelskammern errichtet werden, für die im Nachtragsetat 250 000 Franken gefordert werden.

18 in polnischen Strafanstalten internierte deutsche Oberkammerleute sind am 20. März entlassen worden.

Wochenrundschau.

Oh. Unsere heutige Betrachtung wird sich in der Haupt- sache mit Deutschland zu beschäftigen haben. Im Mittel- punkte des allgemeinen Interesses steht die Repara- tionsnote, unter deren niederstimmenden Eindruck heute das Bild der nächsten Zukunft in den düstersten Far- ben erscheint. Land George ist wieder einmal zu Kreuze gekommen, man sieht in ihm schon den toten Mann. Poincaré triumphiert, es hat einen Sieg davongetragen über England und Italien. Das tollwütige Frankreich — eine andere Bezeichnung ist kaum zu finden — ist ganz erfüllt von dem Gedanken, Deutschland so weit zu demü- tigen, bis es ganz am Boden liegt, herabst aller seiner Möglichkeiten, je wieder empor zu kommen. Sofort wird man auch von einer deutschen Kabinetskrise gemunkelt, aber es scheint, als ob Wirth die Bügel noch fest in Hän- den hält. Die große Koalition ist natürlich mit der Note erledigt, das steht fest. Weiter kann vorläufig nichts ge- sagt werden.

Wir veröffentlichten gestern den Wortlaut der Be- stimmungen der Note und bringen dazu heute an anderer Stelle eine Ergänzung. Jede Randbemerkung erledigt sich von vornherein. Der einschichtige Leser erkennt sofort die große Schwere und Tragweite dieser neuen Bedin- gungen. Man hat in Paris Deutschland wie eine Ware behandelt und Poincaré spielte den Gerichtsvollzieher, bes- ser wohl gesagt den Schergen der Entente. Zudem war man noch bei der Nachricht über den italienischen Protest in Frankreich auf eine mildere Beurteilung seitens Italiens gefaßt, diese Hoffnung hat auch getrogen.

Ein Satz der Note, an den sich die Optimisten klammern, lautet: „Ueber die Ausführung der Maßnahmen wirtschaftlicher Art soll zwischen Delegierten der deut- schen Regierung und der Reparationskommission verhan- delt werden.“ Man soll auch hierin kein Entgegenkom- men erblicken, das wäre vollkommen verfehlt. Wir haben ja nachgerade Erfahrung darin, was es heißt, dem Feinde auf Gnade und Ungnade auszuliefern zu sein, denn das sind wir! Dein Volk der Erde hat niemals soviel Schmach erdulden müssen als das deutsche!

Überall regt es sich im deutschen Land, wie am Baum des Frühlings Knospen zart und fein hervorsprossen, so recht sich das deutsche Volk und strebt einem neuen Leben entgegen. Doch die Entente hemmt alle Arbeit, nimmt alle Lust zum Wiederaufbau unseres Vater- landes. Ihr Vernichtungswille ist zu groß, als daß ihm Einhalt geboten werden könnte. Man möchte ein Natur- volk, wie es kein zweites auf der Welt gibt, und schickt es unter noch der Schmach, wie es die Römer taten, wenn sie ein Volk bezwingen hatten. Dies Joch zu tragen ist bitter schwer, schwerer noch das Bewußtsein, der Sonne berannt zu sein, die Hoffnung und Glauben erweckt an eine bessere Zukunft. „O Deutschland hoch in Ehren“ sangen wir und werden jetzt singen müssen, „O Deutschland tief in Schmach und Not“.

Doch darf die Verzweiflung trotz alledem in unseren Dagen nicht zuviel Raum gewinnen. Wir sind unserer

heranwachsenden Jugend Mannbarkeit und aufrechtes Handeln schuldig. Die deutsche Wehrmacht ist dahin, die deutsche Flotte winzig klein, Deutschland ist arm geworden. Und doch birgt es einen großen Reichtum in sich: unsere hochentwickelte Kultur, unsere stolze deutsche Wissenschaft und unsere deutsche Kunst! Nehmen wir Trost aus die- ser unumstößlichen Tatsache, wir brauchen ihn so nötig wie das tägliche Brot.

Die Genueser Konferenz rückt näher und näher. Ihr Programm wird heute veröffentlicht. (S. den beson- deren Artikel. D. Schr.) Daraus ist zu entnehmen, daß die Punkte 1—3 im Plenum, die übrigen aber in Kom- missionen beraten werden. Es ist freilich heute schwer, für Genue Pläne zu entwerfen, aber immerhin ist wohl vor- auszusehen, daß auch diese Tagung die erwünschte Klä- rung nicht bringen dürfte. Wenn auch Poincaré nicht persönlich anwesend sein wird, so ist es doch sein Geist, der die Versammlung leitet, dafür hat er schon bestens Sorge getragen. Darum wollen wir abwarten und uns vor- läufig aller Diskussion über das heikle Thema heben, die doch letzten Endes sich als zwecklos erweisen mag. Mit Ver- trauen wollen wir unsere Abgeordneten auf ihrem schwe- ren Gange begleiten und erhoffen, daß wenigstens eine geringe Besserung unserer schmachtvollen Lage erreicht wird.

Der Reichstag entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit, um in der vorgesehenen Zeit die Steuervorlagen unter Tag und Nacht zu bringen. Die bürgerlichen Kompromiß- parteien verhielten sich namentlich in der Mittwochssitzung sehr zurückhaltend in der Debatte, und überließen den Löwenanteil der Linken. Der unabhängige Antrag, den Genossenschaften die Umsatzsteuer zu erlassen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. (S. auch den Sitzungsbercht. D. Schr.)

Somit bliebe uns nur noch übrig, auf den von Polen ins Spiel gebrachten Raub der Weichselböden hinzuweisen, über den wir ausführlich bereits berichteten, um das Gebiet der deutschen Politik zu verlassen und noch ein wenig im Ausland Umhau zu halten.

Im österreichischen Nationalrat kündigte der Fi- nanzminister Gürtler eine Reihe Steuer- und Gebühren- erhöhungen, sowie eine Reform des Verwaltungsapparates an. Man darf einigermaßen gespannt sein, wie diese Ent- wicklung vor sich gehen wird.

Die Lage in Berlin.

Nachdem die Reichsregierung in ihrer gestrigen Chefs- besprechung beschlossen hatte, die Note der Wiederher- stellungskommission zunächst den zuständigen Abteilungen zur Beratung zu übergeben, setzte sich, wie das „Berl. Tagblatt“ berichtet, am Donnerstag nachmittag der Reichskanzler mit den Führern der Reichstagsfraktionen in Verbindung, um mit ihnen die politische Lage zu be- sprechen. Zuerst empfing der Reichskanzler die an dem Steuerkompromiß beteiligten Parteien zu einer Ausspra- che, zu der dann auch später die Führer der Oppositions- parteien hinzugezogen wurden. Der Reichskanzler teilte mit, daß er nicht in den Besitz des ihm angebotenen und von der Presse veröffentlichten Schreibens der Wie- derherstellungskommission gelangt sei, und daß er ohne Kenntnis des französischen Wortlauts sich Zurückhaltung auferlegen müsse. Aus diesem Grunde ersuchte er auch die Parteien, bei den Schlussverhandlungen über die Steuervorlagen nicht auf die Note der Wiederherstellungs- kommission einzugehen. Er gedachte aber in der Voll- stimmung des Reichstags am Dienstag die Stellung der Reichsregierung darzulegen. Die Parteiführer erklärten sich mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstan- den, und man kam überein, daß am Dienstag die große politische Aussprache im Reichstag ihren Anfang nehmen soll.

Soweit sich bisher die Lage übersehen läßt, deutet sich die Auffassung Dr. Wirths, daß die neuen Forderungen der Wiederherstellungskommission, insbesondere die Aus- bringung von 60 Milliarden neuen Steuern, unerschäl- bar sind, mit der Ansicht, die in allen deutschen Wirt- schaftss- und Parlamentskreisen besteht. Schon daraus geht hervor, daß innerpolitische Folgen, die zum Rücktritt des Kabinetts Wirth führen könnten, nicht zu erwarten sind. Die Mehrheit des Reichstags wird sich vermutlich auf einen bestimmten Beschluß einigen.

Vor der gestrigen Besprechung mit den Parteiführern empfing der Reichskanzler drei Vertreter des Reichsver-

bands der deutschen Industrie, Geheimrat Bähler, Dr. Sorge und Geheimrat Dutsch. Sie legten dem Kanzler eingehend den Standpunkt der deutschen Industrie zu der Note der Wiederherstellungskommission dar und erklär- ten, daß die Ausbringung der geforderten 60 Milliarden neuer Steuern unmöglich sei. Im übrigen waren die Be- sprechungen streng vertraulich. Die Besprechungen des Kanzlers mit dem Industrieverband werden fortgesetzt werden.

In seiner Unterredung mit den Parteiführern äußerte der Reichskanzler, daß von einer Regierungskrise zurzeit noch keine Rede sein könnte. Eine solche läme nur dann in Frage, wenn er am Dienstag keine Mehrheit finden sollte. Der Kanzler hat im weiteren Verlaufe der Be- sprechung wieder betont, daß auch die Regierung die Be- dingungen der Note als widerwärtig ansehe und sie nicht für erfüllbar halte. In parlamentarischen Kreisen rech- net man damit, daß auch von maßgebenden Vertretern der Arbeiterschaft Entscheidungen getroffen werden können, die die Note verwerfen.

Neues vom Tage.

Wichtige Besprechungen in Berlin.

Berlin, 24. März. Heute vormittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über die Reparations- note statt, an der außer dem Reichskanzler und dem Außenminister auch der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister teilnahmen. Der Vor- sitzende der Deutschen Kriegslastenkommission, Staats- kommissar Fischer, erbatete Bericht über seine Ein- drücke in Paris und über die Note der Reparations- kommission. Die Messorts werden nunmehr in eine eingehende Prüfung der Note an Hand des französi- schen Textes treten. Da diese Prüfung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, wurde die auf gestern nachmittag anberaumte Sitzung des Kabinetts auf Montag vormittag 10 Uhr vertagt. Wahrscheinlich wird auch der Ausschuß für Auswärtige Angelegen- heiten am Montag nicht tagen. Am Samstag ist be- absichtigt, daß der Kanzler im Plenum eine Erklä- rung über die Note abgibt.

Der Eindruck in London.

London, 24. März. Der aufsehenerregende Sturz der Mark und eine hier vorliegende Meldung, die deut- sche Regierung beabsichtige zurückzutreten, finden in der gestrigen Abendpresse die größte Beachtung. Es wird hervorgehoben, daß die Bedingungen der Wieder- herstellungskommission in Berlin für vollkommen un- annehmbar angesehen werden und daß die deutschen politischen Führer der Befürchtung Ausdruck geben, daß die Wiederherstellungsfrage zum politischen Chaos führen werde.

Berlin, 24. März. Aus London, 23. März, meldet das „Tagblatt“: In den Kreisen des Parlaments und der Regierung zeigt man sich von dem nieder- stimmenden Eindruck, den die Note der Wiederher- stellungskommission in Berlin hervorgerufen hat, be- unruhigt. Insbesondere verheißt man sich nicht, daß eine Kanzlerkrise die Beteiligung Deutschlands an der Konferenz von Genue wenn auch nicht in Frage stel- len könnte, so doch der Konferenz selbst ein ganz an- deres Gesicht verleihen würde, wenn anstelle Rathenau eine andere Persönlichkeit Deutschland in Genue vertritt. Im allgemeinen erhält man den Eindruck, daß die Stellung Lord Georges durch diese Note sich keineswegs gefestigt habe. Einerseits enthalte die Note das Bekenntnis des Zusammenbruchs des Lon- doner Protokolls, andererseits schafft sie Deutschland nicht jene Erleichterungen, die Großbritannien vor den furchtbaren Folgen des deutschen Dumpings schätzen könnten. Man hofft jedoch, daß es Lord D'Abernon gelingen wird, den Reichskanzler Wirth davon zu über- zeugen, daß die Beschlüsse der Konferenz von Genue die Handelsbeschränkungen in Mitteleuropa und die gesamte Wiederaufbauarbeit mindestens so stark be- einflussen würden, daß Deutschland die neuen Wie- dergutmachungsforderungen erfüllen könne. Man glaubt hier auch, daß der erste able Eindruck bald einer Ueberlegung weichen werde, die den Weg zu Verhand- lungen weist.

Das Bemelmann-Abkommen mit Deutschland.

Berlin, 24. März. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ aus Brüssel berichtet, antwortete der Ministerpräsident auf eine Anfrage in der Kammer, daß die in Berlin zwischen belgischen Vertretern und dem deutschen Mi- nister Rathenau geführten Verhandlungen über die deutschen Sachleistungen zu einem offiziellen Abkom-

men geführt hätten. Es muß jedoch von der Reparationskommission ratifiziert werden. Das Abkommen bedeutet keine Gefährdung der in Wiesbaden getroffenen Vereinbarungen. Es beruht auf dem Erfahren des freien Verkehrs, während das Wiesbadener Abkommen u. a. die Errichtung einer Einkaufs- und Verkaufszentrale vorsieht.

Die internationale Sozialistenkonferenz in Berlin.

Berlin, 24. März. Die räterussische Presse widmet der bevorstehenden Konferenz der Londoner, Wiener und Moskauer Internationale in Berlin das größte Interesse und betont, in Berlin werde zum 1. Mai in der Weltgeschichte der Versuch unternommen werden, die gesamten sozialistischen Parteien der Welt zu einer Einheitsfront gegen das Bürgertum zusammenzufassen. Das Organ der 3. Internationale, „Die Prawda“, sagt, in Berlin, der einstigen Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches, werden sich die Vertreter des internationalen Sozialismus der ganzen Welt zusammenfinden. In Berlin werden sich die Sozialdemokraten aller Welt die Hand zum Bunde gegen den gemeinsamen Feind, den internationalen Kapitalismus, reichen. Für die künftige Gestaltung der Welt bedeute tatsächlich die Berliner internationale Konferenz weit mehr als die Konferenz von Genäva, die das Todeszeichen deutlich auf der Stirne trage. In diesem Bewußtsein gingen die russischen Delegierten nach Berlin und nach Genäva.

Die Besprechung mit den Parteiführern.

Berlin, 24. März. In der Besprechung, die der Reichszentralrat gestern nachmittag mit den Parteiführern sämtlicher Reichstagsfraktionen hatte, herrschte Einstimmigkeit darüber, daß erst abgewartet werden müßte, bis der amtliche Text des Schreibens der Reparationskommission in der Uebersetzung feststehe und die einzelnen Punkte sachlich geprüft worden seien. Der Reichszentralrat erklärte, erst dann zur Reparationsnote Stellung zu nehmen. Alle Parteien schlossen sich der Auffassung des Reichszentralrats an. Dieser sagte den Parteiführern zu, ihnen den amtlich überfegten Text so schnell wie möglich zugehen zu lassen.

Der unklare Text der Reparationsnote.

Berlin, 24. März. Im Laufe des gestrigen Tages sprach der italienische Botschafter Grassati beim Reichszentralrat vor. Wie schon kurz mitgeteilt, sind über den Text der Reparationsnote in politischen Kreisen verschiedene unklare Auffassungen hervorgetreten, insbesondere glaubt man, die Forderungen auf 60 Milliarden neuer Steuern so auslegen zu können, als ob sie durch die Zwangsanleihe ersetzt werden könnten. Demgegenüber ist die Regierung informiert, daß die Reparationskommission tatsächlich 60 Milliarden neue Steuern fordert, während die Zwangsanleihe überhaupt nicht erwähnt wird, die einschneidend zur Entlastung des inneren Marktes zur Konsolidierung der laufenden Schatzkassen dienen soll. Der Auswärtige Ausschuss, der heute vormittag tagt, wird sich nicht mit der Reparationsnote befassen, sondern lediglich mit der Donau-Note. Die Auffassung der Parteien über die Forderung der Reparationen ist durchweg die, daß die Forderungen sachlich unannehmbar sind. Im Zentrum, bei den Demokraten und in der Mehrheitssozialdemokratie hofft man auf Abänderung der Forderungen durch Verhandlungen.

Reichstag.

Berlin, 24. März.

Die Regierungstische sind leer. Im Hause sind nur 13 Abgeordnete anwesend.

Eingegangen sind die Noten der Reparationskommission und das Schreiben an den Reichszentralrat.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Höttelein (Komm.) erhebt erneut Einspruch gegen die vor einem Jahr erfolgte Verhaftung des kommunistischen Abg. Thomas in Augsburg.

Oberregierungsrat Vangers teilt mit, daß eine Antwort der bayerischen Regierung auf die erneute Anfrage noch nicht eingetroffen ist.

Abg. Weiß (Dem.) weist auf die ständig wachsende Not im Zeitungsgewerbe hin. Die kleinere und mittlere Presse, auch die Fachpresse des gewerblichen Mittelstandes könne sich kaum noch halten.

Ein Maienglück.

Originalroman von C. Wildenburg.

26. (Nachd. und verboten.)

Aber soweit durfte es nicht kommen, das mußte verhindert werden. Nein, nur das nicht! Sie wollte den guten seelenhaften Mann nicht durch seine Zurückweisung kränken. Aber anders wäre es doch nicht gegangen, denn sie hätte ihn um keinen Preis heiraten können, fühlte sie doch nichts weiter als eine Art Freundschaft und Hochachtung für ihn.

Nach den schlimmen Erfahrungen, die sie mit dem Graf Dieter gemacht hatte, wollte sie für alle Fälle jede weitere Annäherung eines Mannes verhindern. Es brachte ja doch nichts als Aufregung und Enttäuschung mit sich. Für diesmal gelang es ihr auch, sich durch angelegene Bescheidenheit, die Nachwehen der Krankheit zu entschuldigen, und der Piarre riet ihr selber, sich heute bald zurückzuziehen.

An den nächsten Abenden wagte sie sich aber nicht auf die Lindenbank hinaus, um dem befürchteten Antrag aus dem Wege zu gehen. Sie suchte das idyllische Plätzchen erst wieder auf, als sie eines Tages hörte, daß der Herr Piarre über Land zu einem Kranken gefahren und noch nicht wieder ins Dorf zurückgekehrt sei.

Ein Weibchen hatte sie schon dort gesehen, in Tränen über ihre Zukunft verlor, als sie den Herrn Piarre doch plötzlich antauchen sah. Für ein Ausweichen war es schon zu spät.

Er betrachtete entzückt das holde Bild, das sich ihm bot: die Blüten des Baumes begannen herabzufallen und hatten das junge Mädchen schon ganz überdeckt; sie ahnte nicht, wie liebreizend sie in diesem Moment aussah. In dem traurigen Gelock über die Stirne waren die kleinen weißen Sternchen hängen geblieben und erweckten den Anschein, als trüge sie einen Kranz; auch

Oberregierungsrat Dr. Willede: Die im Jahre 1921 vom Reichstag im Interesse des deutschen Zeitungsgewerbes gefassten Beschlüsse sind im wesentlichen durchgeführt worden. Auf Wunsch der Vertreter der Zeitungsvorleger hat sich das Reichswirtschaftsministerium in der Folgezeit an den Verhandlungen mit der Industrie bis zum Dezember 1921 nicht beteiligt, dann aber die Führung der Verhandlungen wieder übernommen. Die Gekostungen wurden eingehend nachgeprüft. Es wurde eine Verständigung über die Preise für Zeitungsdrukpapier im 1. Vierteljahr 1922 herbeigeführt. Die Schwierigkeiten, durch die die Tageszeitungen und die Fachpresse schwer bedroht werden, beruhen im wesentlichen auf den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, der Steigerung der Preise für Papierholz usw. Die behördlichen Maßnahmen zur Senkung des Preises, wie die Sperre der Zellstoffausfuhr, können daher nur einen bedingten Erfolg haben.

Auf eine Anfrage der Abg. Frau Hoffmann-Bohum (D.nat.) wird mitgeteilt, daß ein Gesetzentwurf bezüglich der Ausprägung von Hartgeldstücken im Wert von 1 bis 5 M. dem Reichstag demnächst zugehen wird.

Auf die Mitteilung des Abg. Domsch-Dresden (D.nat.), daß eine Breslauer Firma größere Mengen Getreide nach Danzig verlade und als Auslandsgetreide wieder einführe und zu hohen Preisen verkaufe, wird erwidert, daß eine Untersuchung eingeleitet sei.

Auf Anfrage des Abg. Badjahn (D.nat.) wird entgegnet, daß an der bisherigen Praxis bezüglich des Prüfungsdiensalters für die Postbeamten festgehalten werden müsse.

Weiter wird mitgeteilt, daß in einem Gesetzentwurf Bestimmungen über das Streikrecht der Beamten getroffen werden sollen.

Das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahner.

Berlin, 24. März. Die Beratungen der wirtschaftlichen Spitzenorganisationen über den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes für die Eisenbahner sind nunmehr beendet und haben ihren Niederschlag in einer Reihe von Einzelvorschlägen gefunden. Diese Vorschläge werden nunmehr dem Reichsverkehrsministerium unterbreitet werden, das zu entscheiden haben wird, ob es in den Beschlüssen der Spitzenorganisationen eine geeignete Grundlage erblickt. Bei der Art der von den Spitzenorganisationen gemachten Vorschläge wird man gut daran tun, die Hoffnung auf das Zustandekommen einer Verlängerung nicht allzugroß zu spannen.

Landtag.

Stuttgart, 23. März.

Nach kurzer Pause hat der Landtag seine Vollsitzungen wieder aufgenommen. Zunächst gelangten 7 kleine Anfragen zur Beantwortung. Von allgemeiner Bedeutung sind die Anfragen Mühle (Zentr.) und Sauter (Unabh.) über ein Flugblatt des Verlags „Friede durch Recht“, das einen Artikel „Selbsttaten des preussischen Militarismus“ verbreitet hat. Nach Erklärung von Präsident Saag konnte eine Verbreitung im besetzten Gebiet nicht festgestellt werden, auch nicht die Herstellung von Sonderabdrücken für die französische Propaganda. Eine Beschlagnahme durch Ludwigsbürger Polizeibeamte ist nicht erfolgt. Nach dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses wurde die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung von Mitgliedern des Landtags für eine Reihe von Abgeordneten verweigert. Da gegen den Abg. Schneid (Komm.) 13 Ersuchen von Staatsanwaltschaften vorlagen, erklärte sich Abg. Bod (Zentr.) bezüglich dieses Falles für Ablehnung des Antrages. Gegen die Stimmen des Zentrums und des Abg. Gaehtan (D.Sp.) wurde die Strafverfolgung des Abg. Schneid verweigert. Hier wurde das Gesetz über Aenderung des Sporttarifs, das eine Verdoppelung der Tariffsätze fast aller Sportarten bringt, gegen die Stimmen der Rechten, Unabhängigen und Kommunisten angenommen. In namentlicher Abstimmung wurde mit 53 gegen 18 Stimmen der Rechten ein Antrag Hüller (D.Sp.) abgelehnt, der die Ueberzeitarbeitserlaubnis sportelfrei wissen wollte, und schließlich die Regierungsvorlage (Sportgesetz 20-4000 M.) hergestellt. Das Gesetz über erhöhte Arbeitszeiten der während des Krieges 1914/18 zu-

rückgelegten Dienstzeit wurde einstimmig ohne Aussprache verabschiedet. Dann trat man in die Beratung des 15. Nachtrags zum Etat ein, der die Heraushebung der Feuerungs- und Ortszuschläge der Beamtenbefolgungen ab 1. Januar nach dem Vorgang vom Reich regelt, was 13 Millionen bis Ende März erfordert. Dazu kommen weitere 1,6 Millionen M. Wirtschaftsbefehle für Beamte in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen (Stuttgart, Feuerbach, Oberürtheim, Eßlingen, Zellbach, Kottweil). Die Abg. Böhrer (Dem.), Wider (D.Sp.), Hermann (Soz.), Bod (Zentr.) und Ziegler (Unabh.) hielten diese Wirtschaftsbefehle für eine ungerechte und unbefriedigende Regelung, weil dadurch die Tariflöhne der Industrie zum Ausgangspunkt für die Beamtenbefolgung werden. Nur um den Beamten diese Verbesserung ihrer Bezüge nicht zu versagen, erklärten sie ihre Zustimmung, forderten aber von der Regierung, daß sie in Berlin vorstellig werde gegenüber einer solchen Gehaltsregelung.

Stuttgart, 24. März.

Die große Anfrage des Zentrums über die Notlage der Kapitalleientner beschäftigte den Landtag zusammen mit der Beratung des 15. Nachtragssetats, der 4 Millionen zu ihrer Unterstützung fordert. Abg. Scheef (Dem.) beantragte die Verteilung des Geldes durch ehrenamtliche Ortsausschüsse. Die Regierung, die Rechte und das Zentrum wünschten die Verteilung durch die Zentralleitung für Wohltätigkeit unter Heranziehung ehrenamtlicher Kräfte. Abg. Scheef nannte diesen Weg bürokratisch und sprach von dem alten Kampf zwischen Zentralisation und Dezentralisation. Wenn man die Sache den Gemeinden übertrage, brauche man keine neuen Beamten. Abg. Bod (Zentr.) definierte den Begriff der Kapitalleientner als Leute, die arbeitsunfähig sind und von winzigen Kapitalvermögen leben müssen. Solche Leute gebe es im Reich etwa 500 000. Die 4 Millionen reichen nicht aus, obgleich die Gemeinden denselben Betrag beizuliefern haben. Es werde besser sein, statt Geld Lebensmittel, Heizmaterial, Kleidung, Beihilfen, Darlehen, Leibrenten, Arbeitsmöglichkeit usw. zu schaffen. Aber die Organisation müsse in einer Hand liegen. Die demokratische Art der Verwaltung sei kostspieliger, auch in den Gemeinden. Bei dem Regierungsvorschlag sei der Einfluß der Gemeinden gesichert. Abg. Mühl (Unabh.) unterstützte den Antrag Scheef und warf dem Staat vor, daß er nachhinkte. Abg. Wider (D.Sp.) räumte die Leistungen der Zentralleitung für Wohltätigkeit bei der Mittelstandshilfe. Staats- und Gemeindevertreter seien dabei. Abg. Vides (D.Sp.): Seine Partei lehne den Antrag Scheef aus Zweckmäßigkeitsgründen ab. Präsident Saag stellte fest, daß die Mittelstandshilfe großen Anlauf gefunden habe. 70 Prozent der dabei unterstützten Personen waren notleidende Kleinrentner. Was lag näher, als diese Organisation nun ebenfalls der Zentralleitung zu übertragen. Man werde den Gemeinden entgegenkommen, die Sache aber nicht in ihr Belieben stellen. Als Scheef (Dem.) seinen Antrag dahin änderte, daß über die Verwendung der Mittel gemeinsame Richtlinien aufgestellt werden, geriet er in die Kriegspolitis und rief stürmische Zwischenrufe und allgemeinen Lärm hervor. Bei der Abstimmung wurde das Kapitel über die Kapitalleientner genehmigt. Der Antrag Scheef wurde in namentlicher Abstimmung mit Stimmengleichheit abgelehnt, ebenso aber auch der Antrag des Finanzausschusses.

Württemberg.

Stuttgart, 24. März. (Eine große deutsche Fachausstellung.) Vom 3.-20. Juni ds. J. wird in der Gewerhalle eine große deutsche Fachausstellung, die „Fria“, stattfinden, umfassend die gesamte Metallindustrie, das Flaschenergewerbe (Klempner- und Spenglergewerbe), sanitäre Einrichtungen, Gas-, Wasser- und elektrische Installationen, sowie das Heizung-, Lüftung- und Beleuchtungswesen. Veranfaßt wird die Ausstellung vom Verband der Flaschnermeister und Installateure Württembergs e. V.

Stuttgart, 24. März. (Württ. Städtetag.) Der Vorstand des Württ. Städtetags hat in einer Sitzung eine Eingabe an den Landtag beschlossen, daß der Teil des Ausnahmsgesetzes zum Landstättengesetz, der die Hun-

der dustige rosa Battist ihres Kleides war damit über-

streut.

Sah Sie nicht aus wie „in Frühlingsraum! — Fremdlisch trat der P. Piarre näher. Er fragte heute nicht, ob er sich zu ... setzen dürfe, sondern sagte nur wie etwas Selbstverständliches und Erhöhdens: „Gottlob, daß ich Sie endlich wieder sehe, Fräulein von Lehbort!“

Wilma spann das Gespräch auf's Alltägliche hinüber. Ihr Herz klopfte, aber sie durfte doch nicht davon-

laufen; das wäre zu unhöflich gewesen.

Da kam ihr ein rettender Gedanke: Sie eilte ins Haus, um dem Piarre ihre Skizzen zur Begutachtung zu holen. Er aber hielt ihr Erdästen für mädchenhafte Schüchternheit und lächelte. Er hatte sich ja schon in Gedanken seine Rede zurecht gemacht. Heute sollte das Mädchen ihm nicht mehr ausreden!

Wilma kam mit ihren Bleistiftskizzen zurück.

Der Piarre betrachtete mit scheinbar vielem Interesse die Baumgruppen und Stilleben von Pflanzen und Strümen. Er hörte Wilmas Erklärungen, wie sie diese Sachen auf Kunstgewerblichen, dem Zimmerjahnud dienenden Gegenständen anbringen wollte. Er stellte auch einige Fragen, um nicht ganz teilnahmsvoll zu scheinen, sonst aber war er ganz von seinen eigenen Ansichten geleitet.

Blötzlich legte er die Hand auf das Blatt, welches Wilma ihm gerade hinhielt.

Das junge Mädchen sah nun kommen, was sie unter allen Umständen hatte verhindern wollen. Sie erhob sich daher schnell um „Gute Nacht“ zu wünschen.

Er aber hielt ihre Hand fest und drückte sie wieder auf die Bank neben sich nieder. Dann rückte er ihr ein wenig näher.

„Fräulein Wilma, ich bitte Sie, beantworten Sie mir nur eine Frage: wann würde denn als das Häßliche, was Sie da schaffen wollen, erst seinen richtigen Wert bekommen?“

Und als Wilma stumm blieb — denn was sollte sie ihm noch erzählen von ihrem Streben nach Selbständigkeit, wußte sie doch, daß er anderer Ansicht war — fuhr er inniger fort:

„Nun, so will ich es Ihnen sagen! Wenn eine Frau in ihrem eigenen Heim zur Freude ihres Gatten all das schafft. Wollen Sie meine liebe kleine Piarre werden und mir mein einjames Haus dort.“ — er wies auf die von freundlichem Grün umrankte Piarre — „mit ein bißchen Liebe schön und wunnig gestalten?“

Wilma hatte nicht den Mut, ihm gleich eine runde glatte Absage zu geben. Was aber sollte sie tun?

„Nun, Sie sind so stumm, Fräulein Wilma! Kommt mein Antrag Ihnen so überraschend?“

Es arbeitete und folgte in ihr. Die alte Zaghaftigkeit, wohl noch eine Folge der eben überstandenen Krankheit, meldete sich wieder und raunte ihr zu: „Es ist ein gutes braves Herz und ein Obdach, das sich Dir hier bietet. Greif zu, ehe es zu spät ist! Wer weiß, an welches wüßte Ufer Dich sonst der wilde Strom des Lebens da draußen noch schleudert!“

Da kam ihr ein guter Gedanke, der ihr die Antwort eingab: „Ihr Antrag ehrt mich, Herr Piarre, aber ich kann mich heute Abend noch nicht entschließen. Ich bitte Sie, geben Sie mir ein paar Tage Bedenkzeit.“

Wie gern er das tat! In seinem Herzen quoll neue Hoffnung auf, die schon hatte erlöschen wollen.

„Gern, Fräulein Wilma! Ich will Sie also für heute allein lassen! Und hoffe zu Gott, daß Ihre Entschlüsse für mich gut ausfallen werden.“ Er rührte an seinen Hut und schied mit einem herzlichem Händedruck von ihr.

Gedankenlos sah sie seiner schwarzen Gestalt nach, wie diese langsam über den Platz ging und in der Tür der Piarre verschwand.

(Fortsetzung folgt.)

beabgabe, die Wohn- und die Fremdenwohnsteuer betrifft, noch vor dem 1. April erledigt werden möchte, da die Gemeinden auf die erhöhten Einnahmen aus diesen Steuern und Abgaben unbedingt angewiesen seien. Sodann stellte er Richtlinien auf für den Aufsat von Gebühren für die Ausstellung von Zeugnissen. In der Frage der Brennholzversorgung der Städte, insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung erklärte er sein Einverständnis mit dem Vorschlag, Lieferungsverträge zwischen den Gemeinden bzw. den Konsumvereinen einerseits und den Händlerorganisationen andererseits abzuschließen. Er ist überzeugt, daß es den Städten nur auf diesem Weg möglich ist, für ihre Bevölkerung Holz zu angemessenen Preisen zu beschaffen. An eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft sei nicht zu denken. Da die verschiedenartige Regelung der Schulferien, namentlich in Schulhäusern mit mehreren Schulgattungen eine Erschwerung des Betriebs mit sich bringt, soll versucht werden, dahin zu wirken, daß in allen Orten, deren Verwaltung es wünscht, eine Vereinheitlichung der Schulferien eintritt. Der beweglichen schulfreien Tage stattfindet, wobei hinsichtlich der Sommer- und Herbstferien den besonderen örtlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Scharfen Protest erhebt er gegen die Versuche der Reichsbehörden, den Gemeinden eine Semantisierung der Beamtenbildung aufzuzwingen, vor allem aber auch dagegen, daß das Reichsfinanzministerium — in völliger Verkennung der unterschiedlichen Stellung und Aufgaben der Gemeindebeamten gegenüber den Reichs- und Staatsbeamten — die Finanzämter beauftragt hat, die Eingruppierung der städt. Beamten zu kontrollieren. Schließlich beiprachte er sich über die zweckmäßigste Art der Verteilung der für die Mittelstandsnothilfe ermittelten Gelder. Es hält es für dringend erwünscht, daß städt. Organe dabei mitwirken oder die Verteilung ganz in die Hand nehmen. Die übrigen Gegenstände der reichhaltigen Tagesordnung betrafen interne Angelegenheiten.

Stuttgart, 24. März. (Die Steuerkräube.) Der Gemeinderat beschloß die Erhöhung des Wasserzinses um einen weiteren Teuerungszuschlag von 1500 Prozent, wobei die Ausgaben für Wasserzins auf das 16fache des Preises erhöht sind. Die Bäderpreise wurden herabgesetzt, wodurch eine Mehreinnahme von 2,4 Mill. Mark erzielt wird, obgleich mit einem Nachschuß von 20 Prozent im Vergleich gerechnet werden muß. Schließlich beschloß der Gemeinderat auch die Einführung des Familienbades im Stuttgarter Schwimmbad. Die Hodersteuer wird vom 1. April ab vermindert. Für die beiden ersten Stunden nach 12 Uhr werden 15 Mk., für jede weitere Stunde 20 Mk. erhoben. Auch die Wohnsteuer wird von 10 auf 20 bzw. 5 auf 10 Mk. erhöht, desgleichen die Hundsteuer auf 300 für den ersten und auf 450 Mk. für jeden weiteren Hund heraufgeschraubt. Im übrigen hat man in Stuttgart jetzt 12000 Hunde (1920: 7500). Für die Anschaffung von Vermitteln infolge der Einführung der Vermögensfreiheit mußten 1,8 Mill. Mk. bereitgestellt werden, im 1. Jahr waren es nur 600000 Mk. Zum Schulunterricht haben sich 35119 Schüler gemeldet, die in 892 Klassen unterrichtet werden.

Mandatniederlegung. Dem Vernehmen nach übernimmt der Abg. Dr. Heymann (Soz.) die Schriftleitung der sozialdem. „Münchener Post“ als Chefredakteur und legt sein Mandat als württ. Abgeordneter nieder.

Tübingen, 24. März. (80 Jahre.) Am Samstag feiert General Wilhelm v. Schmidt seinen 80. Geburtstag. Als Sohn des kgl. Bau- und Gartendirektors Schmidt am 25. März 1842 in Hohenheim geboren, trat er 1857 in die Kriegsschule Ludwigsburg ein. Beim 7. Inf.-Regt. machte er die Belagerung von Paris und die Schlachten bei Billiers 1870 mit, wo er verwundet wurde. In den Jahren 1890—93 führte er als Oberst das Inf.-Regt. 122. Bei Ausbruch des Weltkrieges stellte er sich sofort dem Vaterland zur Verfügung. Er hat als Kommandeur des Landsturmbataillons Stuttgart Etappen dienst auf französischem Boden geleistet.

Ulm, 24. März. (Württ. Landeshauptmann und Bodversteigerung.) Nachdem die Vorbereitungen für die Landeshauptmann- und erste Bodversteigerung des Verbandes der anerkannten Schaftstammzüchter des württ. veredelten Landeshauptmannes abgeschlossen sind und keine feuchtpolizeilichen Bedenken der Abhaltung nach dem heutigen Zustande mehr entgegenstehen, bleibt der Termin endgültig auf Donnerstag den 6. April, nachm. 2 Uhr, und die Versteigerung auf Freitag, den 7. April, von 9 Uhr vormittags ab festgesetzt. Bei der Anlieferung

in Ulm ist ein tierärztliches Zeugnis durch die Aussteller darüber vorzuliegen, daß die einzuliefernden Tiere untersucht und seuchenfrei befunden worden sind.

Kurze Chronik.

Die landwirtschaftliche Winterschule in Hall beging ihr 50jähriges Bestehen mit einem Festakt und der Weihe einer Gefallenen-Gedächtnisstätte. — Der unter dem Vorsitz des Stadtschultheißen Dr. Rindhardt-Badnang tagende Bezirksrat beschloß die Erbauung einer Kriegergedächtnishalle und eines Denkmals in Verbindung mit einem Leichenhaus auf dem Friedhof. — Eine Kellnerin in Esslingen versuchte sich mit Salzsäure zu vergiften. Der Arzt konnte sofort Gegenmaßnahmen treffen, so daß die Lebensgefahr beseitigt wurde. — Dem Raubmörder Reusch in Friedrichshagen wurden umfangreiche Diebstähle im Saarbau nachgewiesen. — Stadtpfarrer und Dekan Seeger in Mähringen bei Tuttlingen ist vom Erzbischof von Freiburg mit der Würde eines Erzbischof. Geistlichen Rates ausgezeichnet worden. — Der Frühlug der Harbtsfeldbahn nach Kalen blieb bei Ebnat im Schnee stehen, so daß die Fahrbahn ausgetauscht werden mußte.

Linden-Lichtspiele!

Sonntag, nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr

MACISTE

Der Mann des Schreckens!!

muß Jeder gesehen haben. Die größte Sensation, die je gezeigt wurde!

Bermischtes.

Dollarkurs am 24. März 332 Mark.

Ein Arzt als Mörder. Im vorigen Jahre wurde die Leiche des Kellners Hartung in der Nähe von Zusmarshausen bei Ulm mit elf Stichverletzungen aufgefunden. Jetzt hat der Arzt Dr. Berger, ein früherer Oberleutnant, die Ermordung Hartungs eingestanden und ist daraufhin verhaftet worden.

Heiratssunt der Kinder. Im letzten Jahre haben sich in Reuherk 1600 Jünglinge und 12600 Mädchen unter 15 Jahren trauen lassen. 500 dieser jungen Frauen und 82 dieser jungen Männer haben im selben Jahre schon Ehecheidung verlangt.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 25. März 1922.

Druckfehlerberichtigung. In dem letzten Sitzungsbericht vom 14. März muß es bei Stadtwaldungen heißen: „Die Einreibung des Forstmeisters erfolgt in Gruppe XI der Befoldungssatzung, nach deren Durchlaufen er in Gruppe XII vorrückt“ (nicht XIII).

Lätare. Es geht auf Ostern zu. Der nächste Sonntag ist der vierte Fastensonntag, so daß also schon mehr als die Hälfte der vorösterlichen Fastenzeit überschritten ist. Der Name des vierten Fastensonntags ist Lätare, d. h. „freuet euch!“ nach dem Bibelwort Jesajas 66, Vers 10: „Freuet Euch über Jerusalem und seid fröhlich über sie; alle, die ihr sie lieb habet.“ Daneben gibt es noch einige Namen, die in manchen Gegenden volkstümlich sind, so „Brotsonntag“ nach dem Evangelium des Sonntags, der Speisung der Fünftausend (Joh. 6, Vers 1—15). „Rosen Sonntag“ heißt der Tag, weil an ihm der Papst im Beisein des Kardinalkollegiums eine goldene, mit Edelsteinen besetzte Rose in feierlicher Prozession trägt und sie später einer verdienstvollen Persönlichkeit, einem Staate, einer Stadt oder einer Körperschaft widmet. Auch der Name „Tobsonntag“ kommt vor, vor, da an ihm der Frühlingsbrauch des Tob-Austreibens in Geltung war. Eine andere Frühlingsfeier hat sich in Süddeutschland, vor allem in der badischen Pfalz und besonders in der Heidelberger Gegend erhalten: der Sommertagszug. Rufen und Mädeln durchziehen mit Brezeln und geschmückten Stäben die Straßen der Städte und singen dazu das Li dchen: „Tri-Sira-Stroh, der Sommertag ist do!“

Militärrentenempfänger. Die Sozialpolitische Abteilung des Reichskriegerbundes macht erneut darauf aufmerksam, daß nach ihren Erfahrungen die Mehrzahl der Altrentner, besonders die Hinterbliebenen, die eine

Militärrente beziehen, nicht in der Lage sind, ohne Hilfe bei der Umanerkennung ihren Vorteil wahrzunehmen. Schon die Bestimmungen über die Ausgleichszulage erfordern Beratung von fachverständiger Seite, die sich in einer Erhöhung der Rente um ein Viertel oder gar um die Hälfte auswirken kann. Kein Altrentner (Wesackdiente, Witwen, Waisen, Eltern), der eine Militärrente nach altem Recht bezieht, sollte daher veräumen, die Beratung durch eine der Beratungsstellen unseres Bundes in Anspruch zu nehmen, sobald er die Fragebogen für die Umanerkennung der Rente nach neuem Recht erhält. Man wende sich an den nächsten Krieger- oder Militärverein, der gern behilflich sein wird.

Warnung vor einer dänischen Lotterie. In letzter Zeit sind an verschiedenen Orten in Württemberg Losanteile der dänischen Landbrugs Klassenlotterie vertrieben worden. Diese Lotterie ist in Deutschland nicht zugelassen. Wer in dieser Lotterie spielt oder Lose, Losanteile oder Losabschnitte der Lotterie vertreibt, macht sich strafbar. Es muß deshalb vor dem Vertrieb und Erwerb solcher Lose, Losanteile und Losabschnitte gewarnt werden. In den bis jetzt festgestellten Fällen erhielten die Käufer keine Originallose, sondern lediglich Originalablege über eine Spielnummer ausgefolgt. Es besteht daher keine sichere Gewähr dafür, daß die im Ausland stehenden Agenten, welche diese Lose ausgehen, die Originallose auch tatsächlich in der Hand haben, und wenn dies der Fall ist, daß sie die darauf entfallenden Gewinne richtig zur Auszahlung bringen.

Handel und Verkehr.

Leipzig als Mittelpunkt eines internationalen Flugdienstes. Auf der Generalversammlung des deutschen Großhandels wurde mitgeteilt, daß nach amtlicher Benachrichtigung seitens des Leipziger Oberbürgermeisters in Deutschland am 5. Mai ein internationaler Flugdienst eingerichtet wird, der sich über die bedeutendsten Pläze Europas erstreckt. Leipzig ist als Mittelpunkt dieses Verkehrs vorgesehen.

Mannheimer Produktionsbörse, 23. März. Angesichts der neuen Devisenkurse war die Stimmung am Produktionsmarkt sehr fest. Die Abgeber hielten sich zurück und die Umsetzer haben sich insoweit befreit, als verlangt wurden für die 100 Kilo für Weizen aus Mitteldeutschland 1600 Mk., Loko Mannheim 1700 Mk., für Roggen Parität Mannheim 1200 Mk., Hafer 1180 Mk., Reis 1100 Mk., weißen Natamais 1125 Mk., Loko Gerste war nicht am Markt, ab Parität Stuttgart wurden 1440 Mk. der Doppelzentner verlangt. Für Weizenmehl Spezial 0 wurden die Forderungen auf 2120 Mk. für den Doppelzentner ab Mühle erhöht.

Stuttgart, 23. März. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 44 Ochsen, 21 Bullen, 154 Jungbullen, 161 Jungrinder, 182 Röhre, 448 Kälber, 1331 Schweine, 44 Schafe und 7 Fiegen, die sämtlich verkauft wurden. Erlöst wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1760—1800, zweite 1280 bis 1550, Bullen erste 1580—1680, zweite 1200 bis 1400, Jungrinder erste 1780—1980, zweite 1500 bis 1650, dritte 1150—1350, Röhre erste 1180—1380, zweite 850—1050, dritte 600—720, Kälber erste 1920—2050, zweite 1700—1850, dritte 1500—1600, Schweine erste 2180—2350, zweite 1980—2080, dritte 1780—1900 Mk. Verkauf des Marktes: bei Großvieh langsam, bei Schweinen lebhaft, bei Kälbern mäßig.

Wetter.

Allmählich kommt wieder Hochdruck auf. Am Sonntag und Montag ist vorwiegend trockenes aber kaltes Wetter zu erwarten.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 26. März, 9^{1/2} Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin, 10^{1/2} Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Söhne): Stadtpfarrer Dieterle. 8 Uhr Bibelstunde: Derselbe.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 26. März, 7^{1/2} Uhr Frühmesse, 9^{1/2} Uhr Predigt und Amt, 10^{1/2} Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: Montag und Donnerstag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7^{1/2} Uhr hl. Messe, Freitag abend 8 Uhr Fastenandacht: Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag früh, Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonntag bei der Frühmesse, Montag nicht, Donnerstag 7 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

Diamantlösung geschieht richtig, wenn man alle 14 Tage eine Messerschleife mit **MAIROL** dem Glaswasser zuzieht. Dose zu 4,80 reicht 45 Topfpflanzen 6 Monate. In Wildbad in der Drogerie Schmidt, in Neuenburg bei W. Fick und Gärtnerei Craubner erhältlich.

Neu eingetroffen:

Tuchschuhe (Hausschuhe) p. Paar Mk. 32.-

Tuchschuhe (Halbschnürschuhe) Mk. 55.-

Sämtliche Schuhe sind mit Ledersohlen versehen. Gelegenheitskauf. Abgegeben wird, soweit Vorrat reicht.

Consumverein.

Württembg. Zentrumspartei.

Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 26. März 1922, nachm. 4 Uhr findet in der Rembachbrauerei hier eine

Bersammlung

statt, wozu ein auswärtiger Redner gewonnen ist. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Freunde der Sache erbittet

die Ortsgruppenleitung.

Das Zahnpulver „Nr. 23“

geselich geschliffen

Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt Dr. F. Bahr. Erhält die Zähne gesund und blendend weiß. Stadtapotheke Dr. Stephan.

ZEPHIR

Reiche, geschmackvolle Auswahl bester Qualität, geeignet f. Damen-Blusen, Sommer-Kleider, Oberhemden, Schlafanzüge

REINHOLD DENZEL

PFORZHEIM, Lameystrasse 29

Konfirmanden-Listen

sind von Montag ab zu haben.

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Sacharin-Tabletten

doppelt stark

Geolln, Ofenwichse,

Ofenlack, Bronze

Gedr. Schmidt, Mediz.-Drogerie.

EIER

eingetroffen

Consumverein.

Achtung!

Achtung!

Hühnerbesitzer!

Kein Ungeziefer, keine Kallbeine, kein Verlegen der Hühner mehr, wenn Sie in jedes Nest ein

Kamphorin - Nest - Ei legen.

Zu haben in der

Stadtapotheke.

Schicksal

Beh. i. Liebe, Ehe freundschaft, Beruf, Geld, Erfolg u. Gefahr, darin u. fest. Ur. u. Biel. Wiss. Arbeit! Charakter

n. Handf. beurt. Nur Schrift u. Geburtsd. ein. Bähm, Leipzig Nr. 172, Frankfurtstraße 2.

Sitzung des Gemeinderats

am Montag, den 27. März 1922,
nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

- 1) Belohnung der Lehrer der Gewerbeschule.
- 2) Reklame für das Bad für 1922.
- 3) Erhebung der Fremderwohnsteuer nach dem Vorgange in sämtlichen übrigen Kur- und Fremdenorten Württembergs.
- 4) Vergebung der Rehrichtabsuhr für 1922.
- 5) Wahl des Stadtschultheißenamtssekretärs.
- 6) Verschiedenes.

Aufforderung

zum Eintritt

in die Freiwillige Feuerwehr

Diejenigen feuerwehrpflichtigen Einwohner, welche bei der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr noch nicht eingestellt sind, werden aufgefordert, sich

spätestens bis 31. März 1922

bei dem Kommando der Freiwilligen Feuerwehr zu melden, andernfalls sie die für den Nichtertritt festgesetzte Jahresabgabe zur Feuerlöschklasse von 20 bis 50 Mk. zu bezahlen haben. Die Feuerwehrlaufzeit dauert vom 18. bis 50. Lebensjahr. Besonders wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß auch hier wohnende Arbeiter, Dienstknechte usw. feuerwehrlaufpflichtig sind.

Das Verzeichnis der als feuerwehrlaufpflichtig in Anspruch genommenen Personen liegt drei Wochen lang vom 13. März ds. Js. bis 3. April ds. Js. beim Meldeamt zur allgemeinen Einsicht auf. Innerhalb dieser Frist können von jedem Gemeinde-Einwohner Einwendungen gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit des Verzeichnisses, sowie Befreiungsansprüche wegen Krankheit oder Gebrechlichkeit erhoben werden.

Wildbad, den 11. März 1922.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Linden - Lichtspiele

Sonntag nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr

Der große Italienische Sensations-Film:

Maciste

der Mann des Schreckens

Großer Abenteuer-Film in 6 Akten

Als Beiprogramm:

„Ihr Milchbruder“

Lustspiel in 2 Akten
in der Hauptrolle Ole Toms.

Gemeinde Bergorte.

Vergabung von Bauarbeiten.

Zu einem Wohnhaus-Neubau mit Stallung u. Scheuer des Herrn O. Schleich, Landwirts in Hühnerberg sind die Maurer-, Zimmer-, Flaschner-, Dachdecker-, Gipfer-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser- und Anstricharbeiten öffentlich zu vergeben.

Die Unterlagen liegen in meinem Büro zur Einsicht auf, woselbst Angebote über die oben genannten Arbeiten bis Freitag 31. März 1922, abends 6 Uhr abzugeben sind.
Wildbad, den 24. März 1922.

64

H. Weischedel, Architekt.

Inseriert im „Tagblatt“!

Finanzamt Neuenbürg.

Bekanntmachung betreffend Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerfacten und Markenblätter.

Zufolge Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 21. Dezember 1921 und 7. Januar 1922 ist folgendes bestimmt worden:

1. Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, innerhalb der Monate Februar und März 1922 seine Steuerkarte und die losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einleben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, der für ihn zuständigen Finanzkasse zu übergeben oder zu übersenden. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen. Die Einlieferung kann gem. § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

2. Arbeitnehmer, deren Steuerkarten oder Markenblätter nicht eingeliefert sind, werden für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommensteuer veranlagt.

3. Die eingelieferten, für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommensteuer angerechnet.

Die für die Zeit bis zum 31. März 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 gem. § 48 des Einkommensteuergesetzes an Zahlungsstatt angenommen.

4. Ueber den Renndbetrag der eingelieferten Steuermarken erteilt die Finanzkasse eine Quittung.
Neuenbürg, den 24. März 1922.

Wangold.

Heute Samstag

Allg. Bildungs-Verein Wildbad

(A. B. V. W.)

Oeffentlicher Lichtbilder-Vortrag:

Die Tuberkulose u. ihre Bekämpfung

Mit vielen Licht- und Röntgenbildern.

Redner: Herr Dr. med. DORN

Leitender Arzt der Lungenheilstätte Charlottenhöhe.

Der Herr Redner hat, trotz der Schwierigkeit des Heimwegs sich in uneigennützigster Weise zur Verfügung gestellt. Sowohl schon deswegen, wie auch wegen der ungeheuren Ausbreitung der Tuberkulose, über die vielfach zu wenig bekannt ist, wird der Besuch des interessanten Vortrags allen Schichten der Bevölkerung an's Herz gelegt.

Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Saal Alte Linde.

Mitglieder haben freien Zutritt. Nichtmitglieder zahlen nur 1 Mk. Eintritt als Beitrag zu den Unkosten. Neue Mitglieder tragen sich vor oder nach dem Vortrag ein.

5% Oberschwäbische Elektrizitätsanleihe.

Mk. 100 Millionen 5% zu 102% rückzahlbare, reichsmündelsichere Anleihe des Bezirksverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke in Biberach a. d. Riss. sichergestellt durch die solidarische Haftung der obigem Verband angehörenden 14 württembergischen Amtskörperschaften und 3 hohenzollernschen Amtsverbände

Ausgabekurs 100 1/2 %

Anmeldungen nehmen die unterzeichneten Banken sowie deren sämtlichen Niederlassungen entgegen; ausführliche Prospekte werden auf Wunsch zugesandt.

Zeichnungsschluss: 10. April 1922.

Direktion der Diskontogesellschaft
Filiale Stuttgart

Dresdner Bank Filiale Stuttgart

Gewerbebank Biberach e. G. m. b. H.

Dresdner Bank

Kapital 550 Millionen Mark
Reserven rund 400 Millionen Mark

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Geflügel- u. Kaninchen- Züchterverein Wildbad



Das bestellte Körnerfutter kann mit Rücksicht auf die jetzige Steuerungsstelle nicht mehr bezogen werden; da der Antauf jetzt schon zwischen 750 und 800 Mk. schwankt.

Wir haben ein Quantum gerissenen Mais gekauft das Pfund zu Mk. 5 und kann derselbe von Montag, den 27. März bis Freitag, den 31. März in der Futtermittelstelle (Hob. Treiber) abgeholt werden. Nachzügler können nicht berücksichtigt werden. Die Mitglieder werden gebeten ihren Bedarf einzudecken.

Der Vorstand.

Der Ausbau unserer Handelschul-Abteilung ist zu Ostern beendet. Tüchtige Dozenten sind gewonnen. Eine größere Anzahl Schreibmaschinen ist bestellt und teilweise schon hier eingetroffen. Wir werden nur Vollwertiges bieten. Die Oberrealschul- und die Gymnasial-Abteilung bleiben in ihrer bewährten Form wie bisher bestehen. Neuanmeldungen werden bis 15. April entgegengenommen.

Höhere Reform-Lehranstalt Wildbad.

WINDHOF

Morgen Sonntag Ausschank von

Dinkelacker Stark-Bier

In nächster Zeit treffen für mich einige Waggons

Ia. Ruhr-Brechkokks und

Ia. Antrazit-Eiform-Briketts

ein, worauf noch Bestellungen entgegennimmt

Fr. Kloß, Kohlenhandlung, Wildbad

Fernsprecher Nr. 70.

Telephon-Gesprächszähler

unentbehrlich, besonders für Hotels und Restaurants, genau registrierend, einfache Handhabung, behördlich einwandfrei.

Prospekte und Vorführung ohne Verbindlichkeit.

Gustav Strauß, Pforzheim,

W Parkstraße 2. Fernsprecher 2110.